

Politik und Verwaltung streiten über Gedenkkultur

Am 2. Juni 2016 beschloss der Deutsche Bundestag mit lediglich einer Gegenstimme die Resolution „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“. Über hundert Jahre nach einem der ersten Genozide des 20. Jahrhunderts wurde dabei auch an die unrühmliche Rolle der deutschen Heeresleitung gemahnt, welche das Osmanische Reich als wichtigen Bündnispartner im ersten Weltkrieg seinerzeit gewähren ließ. Es sei nunmehr an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen.

Dieser wurde die Bezirksvertretung Innenstadt nun gerecht, als sie am 30.3.2023 zu einer Sondersitzung zusammenkam: Nie zuvor und nie mehr wieder kamen so viele interessierte Bürger*innen zu einer BV-Sitzung, der Ratsaal war bis auf den letzten Platz belegt. Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dass zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs die Statue „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ auf der Hohenzollernbrücke aufgestellt werden darf.

Seit fünf Jahren wird dieses Kunstwerk immer wieder bewusst in den Schatten des Reiterstandbildes von Kaiser Wilhelm II gestellt, um genauso regelmäßig von den Ordnungsbehörden wieder abgeräumt zu werden. Insbesondere die Initiative „Völkermord erinnern“ hat seitdem nicht nachgelassen, in Politik und Gesellschaft für ein ehrendes Gedenken an die Opfer zu wirken. Dabei wird sie seit Jahren von namhaften kirchlichen wie weltlichen Initiativen und Institutionen befördert. Auch zahlreiche Vertreter*innen der Kölner Zivilgesellschaft, wie Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Franz Meurer, Hans Mörter, Günter Wallraff oder Rolly Brings gehören zum Unterstützerkreis.

Die BV1 hat sich im Rahmen von Fachgesprächen und umfangreichen Dialogen auf einen nachvollziehbaren, akkurat und sensibel ausformulierten Beschluss verständigt, der den Weg für weitergehende Gedenkformate ebnet: „Um der Bedeutung des Anliegens gerecht zu werden bitten wir die Stadtverwaltung, unter Beteiligung der relevanten Akteur*innen und Gremien einen Dialog- und Findungs-Prozess zu konzeptionieren mit dem Ziel, eine zeitgemäße, angemessene Form des Erinnerns an den Genozid an den Armeniern und der Beteiligung und Verantwortung Deutschlands im Bereich der Kölner Innenstadt zu finden, und dem Rat der Stadt Köln vorzuschlagen. Der Rat der Stadt Köln mit den entsprechenden Ausschüssen muss sowohl in der Gestaltung als auch bezüglich des Ortes einbezogen werden.“ [...]

Schon bald nach dem ehrenden Beschluss und der neuerlichen Aufstellung des Mahnmals kündigte die Stadtverwaltung jedoch an, dieses lediglich vier Wochen zu dulden. Auf einer Protestkundgebung im Mai formulierte die Geschäftsführerin der NRW-Naturfreunde, Talin Kalatas ihren Unmut wie folgt: „Mir als Aktivistin für eine gerechte Gesellschaft, aber auch als Nachfahrin von Überlebenden bricht es das Herz, dass das Mal abgebaut werden soll. Der Beschluss der Stadtverwaltung, das Mahnmal aus dem Stadtbild zu entfernen, missachtet damit nicht nur unsere Erinnerung und die Würde der Opfer, sondern macht das Leid von Millionen von Menschen wieder unsichtbar.“ Und weiter: „Das Abstruse und auch für mich zu Köln passende krasse Verhalten der Stadtverwaltung im Hin und Her über das Verweilen des Mahnmals grenzt nicht nur an Realsatire, sondern es zeigt auch vor allem, worum es hier irgendwie auch geht: um die Deutungshoheit über Erinnerungskultur.“

Tatsächlich hat sich der Rat der Stadt Köln im Juni der Bezirksvertretung voll umfänglich angeschlossen; das gleiche gilt für den Hauptausschuss, der im Juli für den Verbleib des Mahnmals plädierte. Ungeachtet dessen wird die politische Willensbildung wohl noch des Öfteren ignoriert und die bewilligte Aufstellung weiterhin ordnungsbehördlich beendet werden. Aber die Geschichte vergeht nicht. Und dieser Schmerz betrifft uns alle.



Mahnmal vor Kaiser, Dom und Sonnenuntergang